

DOPPELHAUSHALT			2017/2018
STELLUNGNAHME zu Antrag			101
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Produktgruppe	
	237	3160	
	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart		
	Transferaufwendungen		
Frauenhaus Karlsruhe e. V. - Beratungsstelle Haus 13			

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat in seiner Sitzung am 26. April 2016 im Rahmen des ersten Maßnahmenpakets zum Haushaltsstabilisierungsprozess (HSPKA) eine Kürzung der Zuschüsse im Bereich der freiwilligen Leistungen in Höhe von neun Prozent grundsätzlich befürwortet. Davon betroffen ist auch die Maßnahme M39_SJB „Kürzung der Zuschüsse für den Paritätischen Wohlfahrtsverband mit seinen Teilerorganisationen“ und damit auch der Betriebskostenzuschuss für die Beratungsstelle Haus 13 des Frauenhauses Karlsruhe.

Um eine pauschale Kürzung zu vermeiden, haben mittlerweile verschiedene Gemeinderatsfraktionen Anträge auf individuelle Kürzungsbeträge zwischen 9 Prozent, 4,5 Prozent und 0 Prozent gestellt. Diese Anträge wurden bereits in der Sitzung der Haushaltsstrukturkommission am 6. Oktober 2016 beraten und infolge dessen in die Veränderungsliste aufgenommen. Für das Frauenhaus Karlsruhe wurde eine Kürzung um 4,5 Prozent beantragt.

Aufgrund des aktuellen und auch weiterhin bestehenden Haushaltsstabilisierungsprozesses der Stadt Karlsruhe stehen im Bereich der freiwilligen Leistungen über die eingeplanten Beträge hinaus keine weiteren Mittel zur Verfügung. Daher können weitere Rücknahmen von Kürzungen nicht unterstützt werden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



11.10.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Frauenhaus Karlsruhe eV. - Beratungsstelle Haus 13

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 238	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 31/3160-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	201717	201818	201919	202020	202121
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	7.590	7.590			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

► Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e.V.

► Sachverhalt | Begründung

Der „Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e.V.“ ist sowohl Träger des eigentlichen Frauenhaus, in dem schuttsuchende Frauen wohnen können, wie der Beratungsstelle Haus 13. Das Frauenhaus wird über Tagessätze finanziert, die Frauenberatungsstelle dagegen nicht. Sie wäre von den im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geplanten Kürzungen betroffen.

Schwerpunkte der Beratung sind:

- die praktische und psychosoziale Begleitung der Frauen und ihrer Kinder, die das Frauenhaus wieder verlassen haben
- Hilfe für misshandelte Frauen
- Beratung bei Stalking
- Beratung in türkischer Sprache

Besonders bemerkenswert in Richtung präventiver Arbeit ist das Angebot als Clearingstelle und Soforthilfe für Frauen und Kinder. In enger und gut eingespielter Zusammenarbeit mit der Polizei wird die Beratungsstelle sofort bei häuslicher Gewalt informiert, sodass die betroffenen Frauen zeitnah angerufen werden.

Die Frauen werden über Möglichkeiten der kostenlosen Beratung informiert, außerdem bietet man Kontakt zu den Kindern an. Ziel dieses präventiven Ansatzes ist es, den Kindern schnell Unterstützung anzubieten, die erlebte Gewalt zu verarbeiten.

Bei einer Kürzung müssten viele Frauen abgewiesen werden oder man müsste das Kinder-Projekt kürzen.

Ein wesentlicher Teil vor allem der Rechtsberatungen findet ehrenamtlich statt, mehr ist nicht zumutbar.

Wir wenden uns gegen eine Kürzung des betriebswirtschaftlichen Zuschusses, da wir Beratung und präventive Arbeit für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, für eine wesentliche Aufgabe der Stadt halten

Unterzeichnet von:

Johannes Honné und Dr. Ute Leidig und die GRÜNE Gemeinderatsfraktion.